VSHEW
Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft

Pressemitteilung

Schleswig-Holsteins Stromkunden subventionieren die Energiewende mit 140 Mio. € pro Jahr

- ***Studie: In keinem Bundesland sind höhere Netzentgelte fällig***
- ***Bundesländer wie Bayern profitieren durch Preisunterschiede von bis zu 50 Prozent***
- ***Schere geht wegen des Ausbaus Erneuerbarer Energien weiter auseinander***
- ***Stadtwerke fordern bundesweit einheitliche Tarife wie bei den Portokosten der Deutschen Post***

Reinbek / 13. Juni 2023 | In keinem anderen Bundesland zahlen die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Stromrechnungen höhere Netznutzungsentgelte als in Schleswig-Holstein. Für einen durchschnittlichen schleswig-holsteinischen Vier-Personen-Haushalt betragen allein die Netzkosten monatlich knapp 27 Euro – rund 50 Prozent mehr als für einen vergleichbaren bayerischen Haushalt. Das ergab eine Studie des Berliner Energieberatungsunternehmens Enwima GmbH im Auftrag des Verbands der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW).

Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Mehrkosten der Schleswig-Holsteiner beträchtlich: Gegenüber dem Nachbarland Niedersachsen liegen die Kosten um 33 Prozent höher und im Vergleich zu Baden-Württemberg beträgt die Differenz rund ein Viertel. Nach Prognosen der Enwima-Wissenschaftler wird diese Schere in den kommenden Jahren noch weiter auseinandergehen.

Daher fordern die die schleswig-holsteinischen Stadtwerke, die Netzentgelte auf der dritten (Hochspannungs-)Ebene für regionale Verteilnetze bundesweit zu vereinheitlichen – so wie es bei bundesweiten Höchstspannung-Übertragungsnetzen (Ebene 1 und 2) längst der Fall ist. Die Enwima-Studie zeigt, dass dies bis etwa 2025 auch unproblematisch möglich wäre.

„Es ist unseren Kunden nicht vermittelbar, dass sie Jahr für Jahr knapp 140 Millionen mehr für die Energiewende zahlen, als wenn die Kosten bundesweit einheitlich und fair verteilt würden," sagt Andreas Wulff, Vorstandsvorsitzender des VSHEW und Geschäftsführer der Stadtwerke Brunsbüttel sowie der Stadtwerke Steinburg. „Mit zunehmender Verbreitung von mit Ökostrom betriebenen Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen werden die Mehrkosten sogar noch weiter steigen. Diese exorbitante Klimaschutz-Strafgebühr kann doch politisch nicht gewollt sein", so Wulff weiter.

Grund für die Ungerechtigkeit ist nämlich ausgerechnet das große Engagement Schleswig-Holsteins für die Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energien. Denn für jedes Windrad, jede größere PV-Anlage und jede nennenswerte Biogasanlage, die ans Netz geht, fallen hohe Anschlusskosten an. Bei Windkraftanlagen sind das bis zu einer Million Euro pro Windrad. Diese Kosten zahlen derzeit vor allem die schleswig-holsteinischen Verbraucherinnen und Verbraucher – selbst dann, wenn der hiermit erzeugte Strom anschließend Richtung Süden fließt.

„Die Politik muss endlich handeln – Klimaschutz geht alle an. Schließlich kostet Briefporto bundesweit auch überall das Gleiche – egal, ob der Brief von einer bayerischen Alm bis nach Frankfurt/Oder geht oder von der Kieler Hauptpost bis zum Rathaus“, fordert Wulff.

Pressekontakt:
Verband der Schleswig-Holsteinischen
Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VSHEW
Roman Kaak, Geschäftsführer
Tel.: (040) 727 373-92
Mobil: (0170) 288 945 8
E-Mail: kaak@vshew.de

Zum VSHEW: *Der Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft (VSHEW) vertritt als Wirtschaftsverband die* Interessen von rund 60 kommunalen Stadt- und Gemeindewerken und auf Energiewirtschaft spezialisierte Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von zusammen über einer Milliarde Euro. Die VSHEW-Mitgliedsunternehmen versorgen knapp eine Millionen Schleswig-Holsteiner mit Strom, Gas, Wasser und Kommunikationstechnik *und beschäftigen mehr als 2.500 Menschen.*